

## Die Ratssitzung am 04. April 2019



*Nach der letzten Ratssitzung im Februar hatten alle Fraktionen bekräftigt, dass es in diesem Stil nicht weiter gehen kann und eine bessere Zusammenarbeit in Aussicht gestellt. Die Ratssitzung am 4. April zeigte dann, dass es durchaus auch im Kölner Rat möglich ist, sich in der Sache zu streiten, aber dabei die demokratischen Gepflogenheiten nicht aus den Augen zu verlieren.*

*Neben der Verabschiedung von Agnes Klein und der Wahl ihres Nachfolgers standen zwei Aktuelle Stunden sowie viele inhaltliche Anträge der Fraktionen und Verwaltungsvorlagen auf der Tagesordnung: Von der Aufstellung eines nachhaltigen Verkehrskonzeptes, der Verabschiedung des Sportentwicklungsplans und des Kulturentwicklungsplans bis hin zur Ladeinfrastruktur für Elektroautos und der Direktvergabe an die KVB war für jeden Geschmack etwas dabei.*



### **Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT betreffend "Ausverkauf des Wahlrechts durch die schwarz/gelbe Landesregierung stoppen. Ratsmitglieder sind für alle da! Stichwahl beibehalten!"**

Nachdem die schwarz-gelbe Landesregierung schon einmal die Stichwahl bei Oberbürgermeister-/Oberbürgermeisterinnen-Wahlen abgeschafft hatte und sie rot-grün anschließend wieder einführte, versucht sich die aktuelle Landesregierung wieder einmal daran, am Wahlrecht zu schrauben. In allen Anhörungen, die auf Landesebene hierzu stattgefunden haben, waren sich die Experten und Expertinnen einig: Der Wegfall der Stichwahl kann nicht den demokratischen Ansprüchen genügen, die an die Wahl eines Stadtoberhauptes geknüpft werden. Gerade in einer vielfältigen Parteienlandschaft mit fünf oder mehr Kandidatinnen/Kandidaten ist die Stichwahl ein Garant dafür, dass auch wirklich die Mehrheit der Wählerschaft entscheidet!

Ebenfalls umstritten ist der Neuzuschnitt der Kommunalwahlkreise, bei dem nicht mehr die Anzahl der Bürgerinnen und Bürger, sondern die der Wahlberechtigten zu Grunde gelegt wird. Doch es kann nicht der richtige Weg sein, die Wahlkreise den Wahlberechtigten anzupassen, vielmehr müssen wir es allen Menschen ermöglichen, ihre Stimme bei Kommunalwahlen abgeben zu können.

Nach einer kontroversen Debatte wurde mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und Linken sowie den Ratsgruppen BUNT, GUT, den Freien Wählern und der Oberbürgermeisterin eine entsprechende Resolution an das Land NRW verabschiedet.

Wer sich ebenfalls für die Beibehaltung der Stichwahl einsetzen möchte, kann hier den entsprechenden Aufruf unterstützen: <https://www.stichwahl.nrw>



### **Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend „Aktuelle Entwicklungen auf dem Kölner Arbeitsmarkt – Wettbewerbsfähigkeit des Standortes erhalten**

Der Rat bekräftigte noch einmal seinen Willen, den Ford- und Einzelhandelsstandort Köln zukunftsfähig machen zu wollen und alles zu tun, was dafür in seiner Macht steht. Er sprach sich zudem dafür aus, die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu unterstützen, Anschlussperspektiven zu entwickeln um für den Kölner Arbeitsmarkt weiterhin qualifizierte Fachkräfte zu erhalten. Anlass für die [Aktuelle Stunde](#) war die Ankündigung der neuen Galeria Karstadt Kaufhof, an ihrem Stammsitz in Köln mehrere hundert Arbeitsplätze abzubauen und die Zentrale nach Essen zu verlegen, gefolgt von der Nachricht vom Abbau von bis zu 5000 Arbeitsplätzen bei Ford.

Nachdem der Wirtschaftsausschuss bereits einen entsprechenden richtungsweisenden Beschluss einstimmig gefasst hatte, sollte mit der aktuellen Stunde vom gesamten Rat aus ein wichtiges Signal an die Beschäftigten der betroffenen Unternehmen gesandt werden - und zwar ein anderes, als die Werbeanzeige, die an prominenter Stelle im Express zu lesen war - „Job Fort? Mach, was wirklich zählt, Bundeswehr.“, eine Anzeige, die an Zynismus kaum zu übertreffen ist.

Die gesamte Automobilbranche befindet sich derzeit in einem erheblichen Veränderungsprozess. Sie muss sich auch auf ein verändertes Mobilitätsverhalten einstellen und entsprechende Konzepte entwickeln.

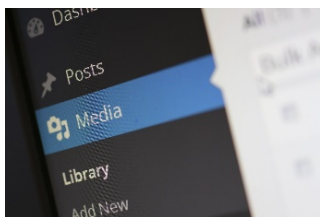
Die Politik kann und darf nicht unternehmerische Entscheidungen ersetzen. Rat und Verwaltung können jedoch Innovationen und Zukunftstechnologien unterstützen. Seit 2016 setzen sie sich zum Beispiel für den Aufbau eines Zentrums für die Entwicklung und den Bau, die Distribution und die Wiederaufarbeitung und letztlich auch für das Recycling von Speichertechnologien ein! Gerade ein solches Kompetenzzentrum E-Mobilität kann einen wichtigen Beitrag leisten darin, den Standort zukunftsfähiger zu machen!



### **Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und FDP betreffend "Nachhaltige Urbane Mobilitätsplanung"**

Gesundheit, Luft, Umwelt, Stadtentwicklung, Wirtschaft sowie die Zusammenarbeit mit den Umlandkommunen muss in einer integrierten Verkehrsplanung zusammengedacht und deutlich verstärkt werden. Langfristiges Ziel ist bei einer integrierten Entwicklung aller Mobilitätsarten durch die Erstellung eines Sustainable Urban Mobility Plans (SUMP) ein qualitativ und quantitativ deutlich verbesserter sowie emissionsfreier ÖPNV. Da die EU dies fördert, wollen wir mit diesem [Antrag](#) erreichen, dass auch Köln sich auf den Weg macht.

Ein SUMP gibt die Verknüpfung einer langfristigen Vision mit einem klaren Umsetzungsplan vor, ebenso wie die fortlaufende Abstimmung der Ziele mit der Fachöffentlichkeit, der Politik und den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt. Dadurch ist eine nachhaltige Bürgerbeteiligung gesichert, was wir ausdrücklich begrüßen.



### **Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT betreffend "Köln sagt Nein zum Upload-Filter – Appell gegen Artikel 13 der Urheberrechtsrichtlinie" Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Grüne, FDP, Ratsgruppe GUT**

Das Spannungsfeld zwischen einem angemessenen Urheberschutz und der dazugehörigen technischen Möglichkeit („Uploadfilter“) hat durch den [Antrag](#) von SPD, LINKEN und BUNT auch den Kölner Stadtrat erreicht. Dadurch, dass das EU-Parlament aber bereits einen Tag vor der Ratsdebatte Uploadfilter grundsätzlich ermöglicht hatte, kam dieser Antrag zu spät und richtete sich auch an die falsche Adresse und wurde deswegen durch einen [gemeinsamen Antrag](#) von CDU, GRÜNEN und FDP ersetzt. Der Ball liegt nun bei der Bundesregierung. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die große Koalition hier ihren Ankündigungen Taten folgend lässt und sich im Ministerrat gegen die Uploadfilter einsetzen wird.



### **Einrichtung eines Preises unter dem Namen „Miteinander-Preis Köln für Demokratie und Vielfalt**

Ein Drittel der Kölner Bevölkerung hat Zuwanderungsgeschichte. Deshalb sind die vielen ehrenamtlichen Aktivitäten für ein demokratisches, solidarisches und friedliches Miteinander sehr wichtig für unsere Stadt. Gerade die Personen, Initiativen und Vereine, die diese ehrenamtliche Tätigkeit leisten, sollen mit dem Miteinander-Preis gewürdigt werden.

Durch den [Miteinander-Preis](#) werden die Engagierten stärker sichtbar und das Eintreten für Demokratie und Vielfalt wird noch mehr anerkannt und wertgeschätzt. Ferner werden andere ermutigt, sich zu engagieren und das eigene Umfeld mitzugestalten.

Der Integrationsrat hat den Miteinander-Preis einstimmig beschlossen. Dieser soll in den bestehenden und erfolgreichen Ehrenamtspreis integriert werden und 2020 starten.



### **Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum der Stadt Köln (LIS-Köln): Betriebskonzept und Standortkonzept**

Köln stärkt seinen Weg zu sauberer Luft. Ein Baustein dabei ist die Elektromobilität, natürlich nur, wenn sie aus 100% Ökostrom gespeist wird. Dies ist für uns unverzichtbar. Nun werden in Köln zweihundert neue Ladestationen mit mehr als vierhundert Ladepunkten mit der Option installiert, dass es bei Bedarf weiter gegeben wird. Deshalb ist es gut, dass die Stadt mit ihrem Stadtwerkekonzern einen verlässlichen Partner hat, der den [Betrieb](#) übernehmen kann.

Damit es bei der [Standortwahl](#) für die Ladesäulen nicht zu Behinderungen für die Zufußgehenden und Radfahrenden kommt, haben wir beschlossen, dass die Bezirksvertretungen eng bei der Auswahl der Standorte beteiligt werden. Aber es bleibt dabei, der wahre Baustein einer Mobilitätswende ist die Stärkung des Umweltverbundes und damit des ÖPNVs, des Rad- und Fußverkehrs.



### **Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Vergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags an die KVB über die Erbringung öffentlicher Personenverkehrsdienste sowie Betrauung der KVB mit der weiteren Sicherstellung des Systems "KVB Rad"**

Seit über 140 Jahren sind die Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) für den ÖPNV in unserer Stadt verantwortlich. Damit dies in Zukunft auch so bleibt, entschied der Rat im Herbst 2017, einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag an die KVB als bewährtes und mittel- und unmittelbar im Alleineigentum der Stadt Köln stehendes Unternehmen direkt zu vergeben. Nachdem die sogenannte Direktvergabe in den letzten Monaten für einigen Gesprächsstoff gesorgt hatte, wurde noch einmal gutachterlich geklärt, dass alle Durchgriffsrechte zwischen der Stadt Köln und der KVB erfüllt sind – Bedingung hierfür ist allerdings, dass die städtische Vertretung sich auch entsprechend in den Aufsichtsgremien durchsetzen können. Durch diese nun einstimmig erfolgte Ratsentscheidung werden die KVB auch die nächsten 22,5 Jahre den ÖPNV in Köln betreiben



### **Kulturentwicklungsplanung**

Aus einem langen partizipativen transparenten Prozess unter Beteiligung eines großen Kreises kultureller Akteure ist die Fortschreibung bzw. Neufassung der [Kulturentwicklungsplanung](#) hervorgegangen, die heute im Rat verabschiedet wurde. Köln bekennt sich damit zu seinem lebendigen vielfältigen kulturellen Leben, zur „freien Szene“ und seinen

Kulturinstitutionen.

Köln gibt sich damit einen Masterplan für die weitere Kulturentwicklung, eine kulturpolitische Handlungsmaxime.

Jetzt geht es um die Frage der Umsetzung und Handlungsstrategie.

Für die möglichen und erforderlichen Maßnahmen wird eine Prioritätenliste erarbeitet.

Der Planungsprozess wird weiterhin kontinuierlich fortgeführt und evaluiert.



### **Mobiles Drogenhilfeangebot in Neumarktnähe**

Der Rat hat endlich die Beschaffung zweier Fahrzeuge als Drogenkonsummobile wie auch das dazugehörige [Konzept](#) beschlossen. Bisher wurde noch kein Drogenkonsumraum in der Nähe des Neumarkts gefunden. Insofern hatten sich im Oktober 2018 alle im Gesundheitsausschuss vertretenen Fraktionen

zunächst für die kurzfristig zu realisierende mobile Lösung mit einem Drogenkonsummobil und einem weiteren Fahrzeug für die sozialarbeiterische Betreuung der chronisch kranken Menschen entschieden.

Gleichzeitig wurde die Verwaltung beauftragt, weiter an der Verwirklichung eines dauerhaften Konsumraumes mit seinen vielfältigen Vorteilen zu arbeiten. Dieser soll mittelfristig in Neumarkt-Nähe gefunden und eingerichtet werden. Sobald ein solcher an den Start gehen kann, soll die mobile Lösung an anderen Hotspots in unserer Stadt zum Einsatz kommen.



## **Sportentwicklungsplanung der Stadt Köln**

Heute wurde der [Sportentwicklungsplan](#) im Rat verabschiedet. Er ist eine wichtige Handlungsgrundlage, um den Sport in Köln nicht nur voranzubringen, sondern die damit verbundenen Belange auf allen Ebenen zu unterstützen. Der Rat beauftragte auf der Grundlage eines [Änderungsantrags von CDU, GRÜNEN und FDP](#)

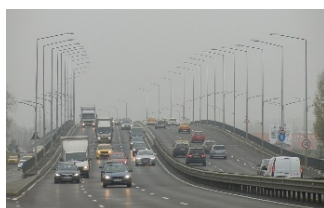
mit den Stimmen der Ratsgruppe GUT die Verwaltung, bei und neben der Umsetzung von konkreten Maßnahmen die bezirklichen Belange zu beachten. Natürlich müssen auch die personellen Voraussetzungen geschaffen werden, um die langersehnten Sanierungen von Sportanlagen endlich umsetzen zu können. Dies bekräftigte der Rat in seinem Beschluss. Um das weitere „Anknabbern“ von Grünflächen zu unterbinden, beschloss der Rat, auf Initiative der GRÜNEN zudem, dass bei der Aufstellung von Bewegungsgeräten vorrangig bereits versiegelte Flächen genutzt werden sollen.



## **Förderprogramm „SmartCity Cologne GO“**

Beim [„Förderprogramm SmartCity Cologne GO“](#) sollen mit 100.000 Euro innovative Klimaschutzprojekte gefördert werden. Insbesondere in Köln ansässige Startups, kleine Unternehmen, Absolventinnen und Absolventen, Bildungseinrichtungen und Vereine sollen motiviert werden, aktiven Klimaschutz zu betreiben. Für ein Projekt gibt es einen Zuschuss von 80 % der gesamten Projektkosten, max. 10.000 Euro. 20 % der Kosten müssen durch Eigenleistung erbracht werden.

- LINK: <https://www.smartcity-cologne.de/>



## **2. Fortschreibung des Luftreinhalteplanes Köln und Änderungsantrag von SPD, DIE LINKE und GUT**

Gut zehn Jahre nach Inkrafttreten des Luftreinhalteplanes sollte dem Rat die [2. Fortschreibung](#) vorgelegt. Die Kölner Bezirksregierung ist verantwortlich für diese Planung. Somit konnte der Rat ihn nur zu Kenntnis nehmen und eine

Stellungnahme der Verwaltung genehmigen.

Dies wirkte allerdings wie ein verspäteter Aprilscherz, da der Plan schon am 1. April in Kraft getreten war, die Vorlage am 2. April die Fraktionen erreichte und der Rat am 4. April tagte.

Mehrere Maßnahmen sollen gegen die Luftverschmutzung helfen. Dazu gehören u.a. die Erneuerung der Busflotte bei der KVB, die Förderung des Radverkehrs sowie neue Ampelanlagen, um den Verkehrsfluss zu verbessern. Die Luftverschmutzung in Köln ist seit langem viel zu hoch. Laut EU-Grenzwert dürfen es im Schnitt nur 40 Mikrogramm Stickstoffdioxid pro Kubikmeter sein. An einigen Stellen wird dieser Grenzwert immer wieder überschritten. Es darf bezweifelt werden, dass die neuen Maßnahmen dies nun ändern werden. Da aber nicht sein kann, was nicht sein soll, hofft die Verkehrsverwaltung weiterhin, ein Fahrverbot zu vermeiden und setzt die Gesundheit der dort lebenden Bevölkerung aufs Spiel.

Das Oberverwaltungsgericht in Münster will im August eine Entscheidung dazu treffen. Das Kölner Verwaltungsgericht hatte ein Fahrverbot innerhalb der bestehenden Umweltzone vorgesehen. Dagegen hatte das Stadt/Land Berufung eingelegt.



### **Wahl einer Beigeordneten / eines Beigeordneten für Dezernat IV - Bildung, Jugend und Sport**

Obwohl das erste Verfahren zur Neubesetzung des Dezernates IV wegen einer Indiskretion vor dem offiziellen Bewerbungsschluss neu aufgesetzt werden musste, waren sich alle Fraktionen im Rat einig, dass wir in dieser Ratssitzung die Nachfolge von Dr. Agnes Klein wählen wollen. Dass hierbei die größte Fraktion im Stadtrat, also die SPD, auch weiterhin mit einer Person im Stadtvorstand vertreten sein sollte, ist für uns GRÜNE nie bezweifelt worden.

Durch das Hinzuziehen eines neuen Personalberaters und die Einbindung der anderen Fraktionen ist es am Ende gelungen, in der Ratssitzung einstimmig einen Dezernenten zu wählen: Den bisherigen Jugenddezernenten aus Stolberg, Robert Voigtsberger. Wir gratulieren Robert Voigtsberger zu seiner einstimmigen Wahl, wünschen ihm für die Herausforderungen in Köln alles Gute und freuen uns auf eine konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit.



### **Neubesetzung Ratsausschüsse, Aufsichtsräte, weitere Gremien"**

Nachdem Kirsten Jahn ihr Ratsmandat niedergelegt hat, ist Frank Hauser in den Rat nachgerückt und arbeitet nun im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden sowie im Sozialausschuss mit.

Luisa Schwab wechselt in den Jugendhilfeausschuss.

Neue Sprecherin im Stadtentwicklungsausschuss ist Sabine Pakulat, als Sachkundiger Bürger unterstützt uns dort nun Jörg Beste.

Ebenfalls mussten einige Aufsichtsratsmandate neu vergeben werden. In den Aufsichtsrat der Koelnmesse geht für uns neben Manfred Richter nun die Fraktionsvorsitzende Brigitta von Bülow, bei KölnTourismus wird zukünftig Prof. Dr. Birgitt Killersreiter mitarbeiten. Sabine Pakulat wird die GRÜNE Fraktion im Aufsichtsrat der GAG sowie in der moderne Stadt GmbH vertreten.

- 
- [Die komplette Tagesordnung der Sitzung Rat inkl. aller Vorlagen](#)

#### **Impressum:**

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kölner Rat  
Rathaus – Spanischer Bau \* Rathausplatz 1 \* 50667 Köln Tel.: 0221 – 211 25919 \* Fax: 0221 – 221 24555  
Mail: [Gruene-fraktion@stadt-koeln.de](mailto:Gruene-fraktion@stadt-koeln.de) [www.gruenekoeln.de](http://www.gruenekoeln.de)  
V.i.S.d.P.: Lino Hammer, Fraktionsgeschäftsführer